

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

- (A) Deshalb sind unsere **Forderungen**: erstens Stopp aller Neuverträge, zweitens Anerkennung des Verbandes der Postagenturbetreiber als eigentlichen Verhandlungspartner, drittens Vorlage eines zeitnahen Gutachtens über die tatsächliche Lage der Agenturen, viertens eine weitere Sonderprüfung des Bundeskartellamtes zum Gebaren der Post, fünftens eine Garantie, dass es nicht im kommenden Jahr eine neue Welle von Verträgen gibt.

(Albert Schmidt [Ingolstadt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und sechstens? Was ist mit sechstens?)

Jetzt nimmt man den Agenturen die Luft zum Atmen. Einige Postshops liegen schon jetzt im Minus.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Börnsen, ich muss Sie jetzt einmal unterbrechen, weil der Kollege Kelber Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen möchte. Genehmigen Sie das?

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Ich bin dazu nicht bereit, Herr Kelber.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wissen Sie, weshalb? Die Reaktion Ihrer Kollegen ist ganz typisch: Man lacht und freut sich bei diesem Thema. Haben Sie in den letzten Wochen und Monaten einmal die Agenturbetreiber besucht?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Ja!)

(B)

Wissen Sie, wie denen zumute ist?

(Erneute Zurufe von der SPD: Ja!)

Denen steht das Wasser bis zum Hals. 30 Prozent weniger Einkommen, weniger Dienstleistung für ihre Mitarbeiter – meinen Sie, darüber kann man noch lachen? Ich schäme mich für die Leute, die sich darüber vergnügen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Diese **Friss-oder-stirb-Strategie** kann man nicht dulden, gerade von Ihrer Seite nicht.

Die **Dividende** für die Aktionäre wurde auf 40 Cent erhöht. Damit bekommt der Hauptanteilseigner, die Bundesregierung, satte 223 Millionen Euro in den Haushalt. 907 Millionen Euro musste die Post wegen unrechtmäßiger Quersubventionen an die Bundesregierung zurückzahlen. Damit erhielt Minister Eichel von der Post im vergangenen Jahr 1,13 Milliarden Euro. Da kann man schon mal ein Auge zudrücken, wenn die Post Stellen streicht, Filialen auflöst und Agenturen und ihre mittelständischen Betreiber in den Ruin treibt – so ein bissiger Pressekommentar. Wir stehen als Union an der Seite der Opfer dieser neuen Poststrategie.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

„Knebelverträge“ ist noch die zahmste Formulierung bei diesen Attacken.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Unsozial!)

Ein **Kurswechsel** ist machbar; Sie haben ihn in der Hand, Sie können ihn veranlassen bzw. dazu beitragen, denn Sie stellen die Bundesregierung. Sie wissen, dass die rot-grüne Regierung, der Hauptanteilseigner, Einfluss nehmen kann. Sie lassen nichts zu. Handeln Sie! Dann haben die Postagenturen eine Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vergessen Sie nicht: Durch die **Fortsetzung des Monopols** – im Jahr 2001 beschlossen, 2003 aufgegeben, erst für 2007 anvisiert – wurden fast 600 Unternehmen, die sich damals auf das Anbieten von Postdienstleistungen eingestellt haben, ins Aus gestellt. 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten entlassen werden, weil das Staatsmonopol gegen das Gesetz, gegen das, was das Parlament im Grunde genommen gewollt hat, fortgesetzt wurde. Das sind auch Ihre Arbeitslosen und das ist absolut unvertretbar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Herr Börnsen, es ist schon peinlich! – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das war Kurspflege zugunsten des Bundeshaushalts, nichts anderes!)

Die **Postagenturen**, denen das Wasser jetzt bis zum Hals steht, die Frust erleben durch die derzeitige Behandlung, die im Grunde genommen eine Abkehr der Politik erfahren, haben nur dann eine Zukunft, wenn Sie bereit sind, unserem Antrag zuzustimmen und bei dem mitzumachen, was unser Antrag bedeutet, nämlich eine Umkehr in den Vertragsverhandlungen, wenn Sie mithelfen, die Post in die Lage zu versetzen, fair mit diesen Partnern umzugehen, die bisher auch fair mit den Bürgern umgegangen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

Ulrich Kelber (SPD):

Lieber Kollege Börnsen, der Antrag Ihrer Fraktion war so sachfremd und so populistisch, dass wir uns entschieden hatten, nicht zu reden. Auf die Unverschämtheiten jedoch, die Sie hier herausposaunt haben, bedarf es drei kurzer Antworten:

Erstens zum Thema **Aktienrecht**: Sie sind in Ihrer fünften Legislaturperiode. Bitte informieren Sie sich einmal über ein solch grundlegendes Recht, das der Bundesregierung sogar verbietet, sich als Hauptaktionär in das Geschäft der Post AG einzumischen, wenn sie nicht schadenersatzpflichtig werden will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Zweitens. Schauen Sie sich einmal über Ihre linke Schulter um, dann sehen Sie den sehr geschätzten Kollegen **Bötsch** dort sitzen, der die entscheidenden Rechtsgrundsätze, die auch zu den Rationalisierungen und

(C)

(D)

Ulrich Kelber

- (A) Liberalisierungen geführt haben, als Minister umgesetzt hat. Aufgrund dieser Rechtsgrundsätze haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Portosenkung erreicht. Sie sollten nicht anderen vorwerfen, was aus Ihrer eigenen Fraktion gekommen ist.

Dritter und letzter Punkt. Sie können mir vielleicht bestätigen, ob ich das als jemand, der damals dem Bundestag noch nicht angehört hat, im Protokoll richtig nachgelesen habe: Am 4. November 1999 ist darüber diskutiert worden, ob der Post vorgeschrieben wird, mehrere tausend Postagenturen zu betreiben.

Der Kollege Funke hat die **Post-Dienstleistungsverordnung** deswegen abgelehnt; er hat gesagt: Es ist falsch, so etwas vorzuschreiben. Das Protokoll vermerkte dazu Beifall von FDP, CDU und CSU. Erklären Sie das einmal. Die meisten der Postagenturen, über die wir uns heute unterhalten, gäbe es gar nicht, wenn Sie damals die Mehrheit gehabt hätten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Johannes Singhammer [CDU/
CSU]: Unsinn!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Einen Moment, Herr Börnsen. Mir liegt der Wunsch nach einer weiteren Kurzintervention des Kollegen Rainer Funke vor. Anschließend gebe ich Ihnen die Gelegenheit, zu antworten. Herr Funke, bitte.

- (B) **Rainer Funke (FDP):**

Zu der Frage des **Aktienrechts**, – damit da keine Missverständnisse entstehen –: Natürlich muss sich der Vorstand am Aktiengesetz orientieren. Hier ist es aber so, dass wir einen regulierten Markt haben; die Post unterliegt der Aufsicht durch die Regulierungsbehörde. Insofern hat der Bundeswirtschaftsminister, der ja die Dienstaufsicht über diese Behörde hat, auch Einfluss auf das Marktverhalten der Deutschen Post AG.

(Zurufe)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Entschuldigen Sie, das Wort hat der Kollege Funke. Wenn Sie ihn ausreden lassen würden, würde das schneller vorübergehen.

Rainer Funke (FDP):

Des Weiteren hat der Bund sowohl als Hauptaktionär als auch im Wege der Aufsicht, vertreten durch Staatssekretär Overhaus, der die Post schon seit vielen Jahren begleitet hat

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Der Ewige!)

– nicht nur zum Vorteil der Post; das muss ich auch sagen –, hinreichende Möglichkeiten – das gilt auch noch für die Regierung Kohl; da war er auch schon im Aufsichtsrat –, auf die Post AG einzuwirken, damit die

Agenturverträge nicht so gestaltet werden, wie sie den Agenturen von der Post AG aufgedrückt werden sollen. (C)

Im Übrigen habe ich mit angeregt, dass sich das **Bundeskartellamt** einmal ansieht, wie diese Verträge zum Nachteil der Postagenturen und der Postkunden ausgelegt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kolber [SPD]: In Ihrem Antrag steht aber etwas anderes als das, was Sie jetzt gesagt haben!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Börnsen zur Erwidern.

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Ich habe jetzt, glaube ich, ein Dutzend Postagenturen in ländlichen Regionen

(Zuruf von der SPD: Nur?)

und habe erfahren, dass immer nur in **Einzelverhandlungen** mit den Agenturbetreibern gesprochen wird. Der eine muss 11 Prozent mehr bezahlen, der andere 28 Prozent, der nächste 35 Prozent, dem Vierten ist der Computer gestrichen worden, dem Fünften wird mitgeteilt, er müsse jetzt seine Pakete selbst weiterfahren. Mit den Agenturbetreibern, die im Grunde genommen hilflos sind, wird in einer Art und Weise umgegangen, dass man wirklich zornig wird. Darauf hat auch eine ganze Reihe Ihrer Kollegen mit Wut und Ärger reagiert. (D)

Ich möchte Ihnen dazu meinen Standpunkt darlegen. Sie haben die Möglichkeit – Rainer Funke hat das ganz klar gesagt –, zu handeln. Warum sitzt denn eigentlich Ihr Staatssekretär aus dem Bundesfinanzministerium im Aufsichtsrat der Post?

(Ulrich Kelber [SPD]: Der Aufsichtsrat darf nicht in das operative Geschäft eingreifen! – Gegenruf des Abg. Rainer Funke [FDP]: Das ist doch nicht wahr!)

Sie wissen doch ganz genau, welche Möglichkeiten es gibt. Sie wissen auch, dass Sie dem Image der Post und der Sache selbst schaden, wenn Sie weiter so verfahren.

Ich nehme Ihren Hinweis auf den Kollegen Wolfgang Bötsch gerne auf. In seiner Zeit ist mit den Mitarbeitern und Kunden noch fair umgegangen worden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als die Post in Brüssel in Bedrängnis kam, ist er von Hauptstadt zu Hauptstadt gereist, um klar zu machen, wo die Interessen der Post eigentlich liegen. Er hat mit Erfolg die Sache der Post vorangetrieben.

Die Post verfolgt im Moment die Strategie – genau das ist das Problem –, Tausende von Postagenturen Zug um Zug dichtzumachen, um in Zukunft mit einem ganz großen Betreiber – vielleicht heißt er sogar Quelle – flächendeckend das Geschäft zu machen. Dann ist in der Fläche keine Postagentur mehr zu finden. Das ist leider das